

## **Stellungnahme und Empfehlung der Elternvertreter RSK 18 der Grundschule und am Gymnasium Buckhorn**

Gestützt auf jeweils einstimmige Beschlüsse der Elternräte unserer Schulen geben wir folgende abschließende Stellungnahme und Empfehlung ab:

Mit der flächendeckenden verpflichtenden Einführung von sechsjährigen Primarschulen zum Schuljahr 2011/2012 bereits für die jetzigen Zweitklässler und alle nachfolgenden Jahrgänge sind wir nicht einverstanden und empfehlen, diese Strukturmaßnahme in der Region 18 nicht umzusetzen.

### **Begründung**

1. Die notwendige Vorbereitung auf die tief greifende Strukturreform „Primarschule“ ist nicht gewährleistet.

Es erscheint wenig realistisch, dass bis zum Sommer 2011 auch nur die baulichen Voraussetzungen für die Bildung von eigenständigen sechsjährigen Primarschulen geschaffen werden können. In unserer Region besteht an mindestens zwei Grundschulen erheblicher Zubaubedarf: An der Grundschule Eulenkrugstraße fehlen 12 Klassenräume, Differenzierungsräume, Fachräume sowie eine Sporthalle, an der Grundschule Duvenstedter Markt sind es 4 Klassenräume, Differenzierungsräume, Fachräume und eine Sporthalle. Wir können uns nicht vorstellen, dass die erheblichen finanziellen Mittel, die für diese Bauten erforderlich sind, zur Verfügung stehen. Angesichts der vielen maroden Schulgebäude in Hamburg, auch in sozial problematischen Stadtteilen, halten wir es für kaum verantwortbar, so viel Geld für Neubauten auszugeben, zumal an anderen Schulstandorten ausreichend Räumlichkeiten zur Verfügung stehen und die Neubauten wegen der zu erwartenden rückläufigen Schülerzahlen vermutlich bereits in wenigen Jahren nicht mehr benötigt werden. Jedenfalls dürfte es nicht möglich sein, die erforderlichen Zubauten bis zum Sommer 2011 komplett fertig zu stellen.

Es ist auch unwahrscheinlich, dass die Lehrkräfte bis zum Sommer 2011 hinreichend auf das geplante individualisierte Unterrichtskonzept vorbereitet sind. Nach Aussagen der Projektgruppe Schulreform wirbt Hamburg etwa die Hälfte der jährlich eingestellten etwa 800 Lehrkräfte aus anderen Bundesländern ab, wo dieses Konzept unter Umständen gar nicht in der Lehrerbildung verankert ist. Die geplanten Fortbildungsmaßnahmen sind nicht ausreichend. Zwar mögen 30 Stunden Fortbildungsverpflichtung im Bundesvergleich viel sein. Jedoch handelt es sich umgerechnet nur um etwa vier Arbeitstage pro Jahr – sicher nicht genug, um die Lehrkräfte nachhaltig auf die Anforderungen dieses anspruchsvollen Unterrichtskonzepts vorzubereiten.

2. Die vorgesehenen Frequenzen sind zu hoch, um an den Primarschulen in verantwortungsvoller Weise binnendifferenziert unterrichten zu können.

Um ein integratives Schulsystem erfolgreich zu führen, muss eine entsprechende Lehrerversorgung bereitgestellt werden. Klassengrößen von 23 bis 25 Schülern mit

nur einer Lehrkraft sind in diesem Zusammenhang nicht ausreichend. Im 5. und 6. Schuljahr bestehen in Hamburg zwischen den Schülern Leistungsunterschiede bis zu zwei Schuljahren. Individualisierter Unterricht wäre nur möglich in entweder sehr kleinen Lerngruppen oder bei Betreuung einer größeren Lerngruppe durch mindestens zwei Lehrkräfte. Solange solch niedrige Frequenzen bzw. die konstante Unterrichtung einer Klasse mit bis zu 25 Schülern durch zwei Lehrkräfte nicht gesichert sind, halten wir die Verlängerung der Zeit des gemeinsamen Lernens für verantwortungslos sowohl gegenüber leistungsschwachen als auch durchschnittlich begabten und leistungsstarken Schülern.

Hinzu kommt, dass die von der Schulbehörde angestrebten Klassenhöchstgrenzen von 25 Schülern an Primarschulen in keiner Weise verlässlich sind. Die Projektgruppe Schulreform hat unseren Verdacht bestätigt, dass diese Zahl nur auf dem Papier steht und in der Praxis regelmäßig überschritten werden kann.

3. Die Verlagerung der zweiten Fremdsprache an die Primarschulen ist nicht befriedigend zu organisieren.

Die Grundschulen unserer Region wollen nach Umwandlung in Primarschulen als zweite Fremdsprachen ab Klasse 5 nur Französisch und Spanisch anbieten. Damit soll die Anwählbarkeit aller weiterführenden Schulen für alle Primarschüler gesichert und das Pendeln an andere Schulstandorte vermieden werden. Jedoch führt diese Regelung zu einer deutlichen Verschlechterung des Bildungsangebotes in unserer Region. Derzeit können die Sechstklässler der weiterführenden Schulen neben Spanisch und Französisch auch Latein (an allen drei Gymnasien) und Russisch (nur am Walddorfer Gymnasium) wählen. Zukünftig könnten andere Fremdsprachen als Französisch und Spanisch erst in Klasse 7 aufgenommen werden. Damit sind wir nicht einverstanden. Statt mehr Bildungsvielfalt zu erreichen, wird die Einführung der Primarschule zu einer Verschlechterung des Sprachangebots führen. Der spätere Start der zweiten Fremdsprache ist mit der Schulzeitverkürzung an Gymnasien auf 12 Jahre nicht kompatibel. Die Beschränkung auf Spanisch und Französisch berücksichtigt auch nicht die Wünsche und Interessen der Schüler, die in unserer Region in Klasse 6 Latein regelmäßig stark anwählen. Die Schulsenatorin hat wiederholt zugesichert, dass insbesondere Latein in jeder Bildungsregion an Primarschulen angeboten wird.

Wenn aber die vier in unserer Region bisher in Klasse 6 angebotenen Fremdsprachen in die 5. Klassen der Primarschulen verlagert werden, entstehen andere unerwünschte Effekte: Zunächst müssten, da nicht alle Primarschulen alle Fremdsprachen werden anbieten können, Schüler für Fremdsprachenangebote an unter Umständen weit entfernte Schulstandorte pendeln. Die Behauptung der Schulbehörde im 8. Schulbrief, dies sei schon heute so, müssen wir jedenfalls für unsere Region zurückweisen. Uns ist nicht bekannt, dass derzeit Fünft- und Sechstklässler für Pflichtunterrichtsstunden andere Schulstandorte aufsuchen müssen. Um das Pendeln zu verhindern, müssten Eltern schon bei Einschulung ihrer Kinder eine Entscheidung über die zweite Fremdsprache treffen oder jedenfalls nach der Grundstufe einen Wechsel der Primarschule vornehmen.

## Konkrete Empfehlungen

1. Hinsichtlich der vorgesehenen Veränderungen der Schulstruktur befürworten wir, zunächst die lange geplante, in Politik und Bevölkerung allgemein akzeptierte Verschmelzung von Haupt- Real- und Gesamtschulen zu sogenannten Stadtteilschulen umzusetzen. Bereits mit diesem Schritt wäre eine zentrale Voraussetzung für eine Verbesserung im Hamburgischen Bildungssystem erreicht, nämlich allen Schülern einen direkten Weg zum Abitur zu eröffnen. Jede Stadtteilschule würde allein oder in Kooperation mit anderen Stadtteilschulen bzw. Gymnasien den Zugang zur Studienstufe ermöglichen. Bestehende und bewährte Sek I-Standorte bzw. Langformschulen (in unserer Region z.B. Schule Am Walde) könnten bestehen bleiben. Die weiterführenden Schulen könnten ihre bisherigen Profile (in unserer Region z.B. Montessori) und Fremdsprachenangebote (s.o.) aufrechterhalten.

2. Abgesehen davon sollte es für einen längeren Zeitraum nicht zu weiteren strukturellen Änderungen im Schulsystem kommen. Das würde Zeit und Raum geben, die Lehrkräfte aller Schulformen nachhaltig auf individualisierte Unterrichtsformen vorzubereiten. Die Haupt-, Real- und Gesamtschulen hätten ausreichend Gelegenheit, den (sicherlich nicht einfachen) Prozess der Verschmelzung zu Stadtteilschulen erfolgreich durchzuführen. Die Erfahrungen aus diesem Prozess könnten nach Evaluation für zukünftige Strukturreformen genutzt werden. An den Gymnasien könnten endlich die durch die Schulzeitverkürzung entstandenen Defizite in Ruhe aufgearbeitet werden. Stadtteilschulen und Gymnasien benötigen die nächsten Jahre auch, um der unmittelbar bevorstehenden Einführung der Profiloberstufe zum Erfolg zu verhelfen.

3. Stattdessen sollten unserer Meinung nach im Rahmen der bestehenden Schulstrukturen vor allem folgende Maßnahmen ergriffen werden:

Die Frühförderung muss ausgebaut und verbessert werden. Bei vernachlässigten Kindern sollte sie bereits in den ersten Lebensjahren ansetzen. Ein wenigstens stundenweiser Kindergartenbesuch sollte für Kinder mit erheblichen Entwicklungsdefiziten (z.B. sprachlich, motorisch) verpflichtend eingeführt werden. Für alle Eltern, die dies wünschen, sind Ganztagsangebote zu schaffen.

Das vorschulische Angebot sollte ausgeweitet und verbessert werden. Jedem Kind sollte auf Wunsch ein Vorschulplatz an der Grundschule zur Verfügung gestellt werden, an der es im Jahr danach eingeschult wird. Es sollten verstärkt auch Grundschullehrkräfte in den Vorschulen eingesetzt werden.

Möglichst viele Hamburger Grundschulen sollten in Ganztagschulen umorganisiert werden, in Gebieten, wo dies notwendig und erwünscht ist, in gebundene Formen, ansonsten in offene Ganztagschulen.

Die Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte in individualisierten Unterrichtskonzepten sollte energisch unterstützt und vorangetrieben werden.

In allen Schulformen sollten die Klassenfrequenzen bei etwa 20 Schülern pro Klasse liegen, wobei Grundschulen aufgrund der größeren Heterogenität ihrer Schülerschaft niedrigere Frequenzen aufweisen sollten als Gymnasien und Stadtteilschulen. In besonders problematischen Stadtgebieten sollten für alle Schulformen jeweils wiederum niedrigere Frequenzen vorgesehen bzw. in anderer Weise eine zusätzliche personelle Ausstattung sichergestellt werden.

Individuell auf die jeweiligen Regionen zugeschnitten sollten gleichermaßen anspruchsvolle wie realistische Zielvorgaben bezüglich der Abschlussquoten (Schulabschluss, Mittlerer Abschluss und Abitur) festgelegt werden.

### **Abschließende Erklärung**

Aus den bildungswissenschaftlichen Studien der letzten Jahre lassen sich zwei grundlegende Folgerungen ableiten. Erstens: Die Schulstruktur ist für die Leistungsfähigkeit eines Schulsystems von völlig untergeordneter Bedeutung. Zweitens: Die Festlegung von Entwicklungs- und Bildungschancen findet bei Kindern in den ersten 10 Lebensjahren statt. Wir plädieren deshalb dafür, dass die begrenzten Ressourcen in Hamburg dort investiert werden, wo sie besonders wirkungsvoll zum Tragen kommen: in Inhalte anstatt Strukturen und in die früheren anstatt die späteren Kindheitsjahre.

Die völlig überhastet vorgenommene Einführung von Primarschulen ohne Bereitstellung der insoweit notwendigen Rahmenbedingungen wird die Probleme unserer Stadt nicht lösen, sondern mehr Schaden als Nutzen bringen.

Hamburg, im Mai 2009

Ulf Ohms  
(für die Grundschule Buckhorn)

Sabine Knierim  
(für das Gymnasium Buckhorn)